

Währungsunion

CHRONIK DER ÖFFENTLICHEN ERÖRTERUNG DES BEITRAGS DER WERKTÄTIGEN ZUR VERWANDLUNG DER EROBERTEN OSTZONE DER BUNDESREPUBLIK IN EINE RENTABLE ANLAGESPHÄRE DES KAPITALS

Die herrschende Klasse eines siegreichen Systems - Politiker, Banker, Industrielle und ihre Klugscheißer - macht sich daran, das jahrzehntelang als unmenschlich, widernatürlich, überhaupt grundverkehrt denunzierte und jetzt endlich besiegte System durch das eigene zu *ersetzen*.

5 Mit Falschgeld und anderen verkehrten Rechengrößen wird gründlich aufgeräumt; denn alles zeugt nur von der unheilbaren Hinfälligkeit sozialistischer Pseudowirtschaft. Doch das ist anscheinend nur die halbe Wahrheit. Viele Rechengrößen des alten Systems - Preise, Löhne, Schulden - lassen sich offenbar durch eine der vier Grundrechnungsarten, insbesondere durch die Division 1:1, in recht ordentliche Bestandteile einer kapitalistischen Bilanz verwandeln. Für den
10 Kapitalismus ist offenbar ganz brauchbar, was der Sozialismus an schlimmer Hinterlassenschaft“ hinterlassen hat.
15

Der *Streit* um 1:1 oder 1:2 bestätigt in all seinen Wendungen die Brauchbarkeit realsozialistischer Verhältnisse für die Einführung kapitalistischer Ausbeutung. Er geht um das günstige Maß, in dem die verschiedenen Faktoren kapitalistischer Produktion so eingerichtet werden, daß sie in DM
20 bezifferte Werte darstellen, deren *Größe* die größtmögliche Rentabilität im Umgang mit ihnen als Kapitalvorschuß garantieren soll. Welche Lohnhöhe gewährleistet einerseits eine rentable Produktion, andererseits das Existenzminimum der ganzen Klasse, so daß die Staatskasse möglichst wenig soziale Lasten zu tragen hat? Wieviel braucht der DDRLöhner unbedingt an Spargroschen für die prognostizierten schweren Zeiten, die man ihm zu bereiten gedenkt? Wieviel
25 Schulden verträgt das industrielle Kapital? Wieviele davon gilt es zu erhalten, damit auch das Finanzkapital davon leben kann?

Der erlesene Streit ist nun entschieden. Der Kanzler hat gesprochen. Daß sein Wort gilt, liegt an der Gewalt, über die er verfügt. Daß es ihm auch noch *Lob* einbringt, dafür hat dieser Streit gesorgt, die demokratische Methode der Durchsetzung politischer Beschlüsse.

30 ***Im Märzen der Bauer die Rößlein einspannt***

Das Zentralorgan des Propagandaministeriums der Bundesregierung gibt bekannt:

5 “Die Währungsexperten der Regierungen in Bonn und Ost-Berlin haben beschlossen: Ab 1. Juli werden *alle* Sparguthaben zum Kurs 1:1 umgetauscht - allerdings nicht auf einmal, sondern zeitlich gestaffelt. Damit wird vermieden, daß das Geld sofort wieder ausgegeben wird, die Preise steigen und eine riesige Inflation ausgelöst wird... Bargeld soll nur bis zu einer bestimmten Höhe - wahrscheinlich bis 1000 DDR-Mark - zum Kurs 1:1 umgetauscht werden dürfen... Ungeklärt ist noch, *wann* Löhne, Gehälter, Renten, Mieten zum Kurs von 1:1 umgetauscht werden werden. Dafür wird es aber zunächst noch eine Übergangsregelung geben.“ (Bild, 2.3., Hervorhebungen - MSZ)

10 Da hier keine Versprechungen abgegeben werden, die die Bundesregierung auf irgendetwas festlegen, außer auf die Freiheit, alles in ihrem Sinne zu regeln, gibt es für den Bundeskanzler keinen Grund zum Dementi. Es ist weder von Bananen, schon gar nicht von einem Leben in Saus und Braus die Rede.

Ein munterer Streit um passende Hungerlöhne

15 Die Wahlen sind vorbei. Das Volk der DDR hat gesprochen und der neuen Regierung den Auftrag erteilt, alles zu tun, damit es möglichst schnell den gleichen Kanzler kriegt wie die andern Deutschen. Und wer lacht sich da ins Fäustchen? - ”Finanzmärkte feiern das DDR-Wahlergebnis” (Süddeutsche Zeitung, 20.3). Die wissen wohl, daß jetzt für ihr Interesse, aus Geld mehr zu machen, indem man “es” arbeiten läßt, nichts mehr schiefgehen kann. Immerhin haben jetzt vom Rhein bis zur Oder Leute das Sagen, die an vor Gesundheit strotzenden Geldgeschäften in DM brennend interessiert sind. Und über die Kosten macht man sich da nicht die kleinkarierte Sorge, o b sie aufzubringen sind, weil man schon längst weiß, wo sie einzutreiben sind:

20 “DDR braucht rasch ergiebige Steuern” (SZ, 11.3.). “Sind Steuererhöhungen für die DDR unvermeidlich?” (SZ, 19.3)

25 Daß solche Überlegungen von der Regierung lautstark dementiert werden, ist nur das Signat, daß man damit keinesfalls die “Wirtschaft”, das empfindliche Pflänzchen belasten will. Deshalb wissen alle, vom Wirtschaftsminister bis zum Gewerkschafter, wie der zu helfen ist:

“Niedriges Lohnniveau als Starthilfe für die DDR-Betriebe” (Hausmann, SZ, 29.3.)

30 Daß die Hauptsache ist, daß die Löhne sich für die Betriebe rentieren, ist nicht nur ihm klar. Das verkündet auch “IG-Metall-Zwickel” in “Bild”. Warum auch sollte sich ein deutscher Gewerkschafter für ein Einkommen einsetzen, das sich für die Lohnempfänger und nicht bloß für “unsere Wirtschaft” und ihre Gesundheit lohnt. Da macht er keinen Unterschied zwischen hüben und drüben. Schließlich sind wir alle Deutsche. Was die brauchen, ist Lohngerechtigkeit, damit alle gleich schlecht bezahlt werden:

35 “Die DDR als Billiglohnland wird es mit uns nicht geben. Das Ziel - gleicher Lohn, gleiche Arbeitszeit - muß allerdings in Stufen erreicht werden, da unklar ist, wie wirtschaftlich gesund die Betriebe in der DDR sind.” (Bild, 15.3.)

“DDR wird Billiglohnland - GB und Unternehmer sind sich über niedriges Niveau einig.” (Frankfurter Rundschau, 10.3.)

40 Das Wichtigste im Leben eines Gewerkschafters ist eben die Gesundheit - der Wirtschaft. Und da weiß er, was er sagt, wenn er meint, daß ein Billiglohnland kein Billiglohnland ist.

Wie billig das neue Lohnland nun sein soll, darüber beginnt eine lebhaftige Diskussion, die mit allen "Sachnotwendigkeiten" von der *Freiheit* zeugt, das neue Lohnniveau so festzulegen, daß der Geschäftsmann sich wohlfühlt, weil er mit ihm so umspringen kann, daß sein Kapitaleinsatz sich rentiert:

5 "Eins zu eins, eins zu zwei oder vielleicht zweieinhalb und am Stichtag nicht etwa nur ein einziger Umtauschkurs, sondern eine ganze Palette einer für die Löhne, ein anderer für die Renten, ein dritter für die Sparguthaben, ein vierter für die exportierenden Unternehmen, ein fünfter für die kleinen und mittleren Existenzgründer?" (SZ, 30.3., Wirtschaftsteil)

10 Worüber es bisher keine Diskussion gab, weil man die Währungsunion als Geschenk kolportieren wollte, darüber gibt es jetzt einen munteren Streit. Daß die Entscheidung jetzt ganz bei der Regierung liegt, weiß das schlaue Blatt ("Was dahintersteht") und berichtet von der "Kontroverse innerhalb der Bundesregierung". Die zerbricht sich arbeitsteilig den Kopf darüber, wie die freihändige Festlegung von Löhnen, Renten und Sparkonten so gestaltet werden kann, daß
15 Unternehmer und Staat dabei auf ihre Kosten kommen. Da will "Bundesarbeitsminister Blüm und der Reformflügel der Union... die Segnungen des westdeutschen Sozialstaats in die DDR exportieren". Als Sancho Pansa des kleinen Mannes ficht er entschieden gegen den real existierenden "Wirtschaftsflügel der Koalition - angeführt von der FDP und dem
20 Wirtschaftsministerium". Dieses legt sich ressortgerecht für die Wirtschaft ins Zeug und hat keineswegs im Sinn, ihr übel nachzureden, wenn es Vorstellungen ausplaudert, die noch vor einiger Zeit als "Kritik des staatsmonopolistischen Kapitalismus" kursiert und observiert worden sind:

25 "Hier wird die Linie verfolgt, die Weichen mit mehr oder minder bewährten Rezepten in Richtung zweistelliger Wachstumsraten zu stellen: extrem niedriges Lohnniveau, Steuervorteile für investierende Unternehmen und eine Nachfragekraft im Konsumgüterbereich, die trotz der angepeilten niedrigen Realeinkommen der Arbeitnehmer und Rentner durch einen staatlichen Kaufkraftausgleich angeheizt wird."
(ebenda)

30 Da zeigt sich dann, daß die Jungs vom Wirtschaftsflügel auch nicht unsozial sind: Als Nachfrage ist das Einkommen der Lohnempfänger durchaus von Interesse, soweit sie damit das Wachstum fördern, aber nur solange sie die Wirtschaft nicht selber schaffen muß. Und damit einem das Angebot an Arbeitskräften nicht verhungert, dafür gibt es ja schließlich das Sozialministerium, das mit dem Export des famosen Systems, in dem die arbeitenden Arbeiter zur Finanzierung der nicht arbeitenden zwangsversichert werden, dafür sorgt, daß der "Kaufkraftausgleich", den der Staat zu berappen hat, nicht zu hoch ausfällt. Daher kommt die "Süddeutsche Zeitung" zu dem
35 Ergebnis, daß es wurscht ist, auf welche Weise der Lohn niedrig gehalten wird:

"Bei allem Streit über den Umrechnungskurs ist indes festzuhalten: Ein rechnerischer Vergleich dessen, was bei beiden Positionen als Ergebnis unterm Strich bleibt, läßt zumindest bei den laufenden Einkommen große Unterschiede nicht erkennen."

40 Allerdings sympathisiert man unter dem politischen Blickwinkel der Manipulierbarkeit des Lohnniveaus doch mehr mit der ökonomischen als der sozialen Variante der Lohndrückerei:

5 “Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Zuschlag als politisch variable Größe *manipulierbarer* (Hervorhebung - MSZ) ist als ein hoher Mindestlohn und die Unternehmen nicht mit zusätzlichen Lohnkosten belastet. Unter diesem Blickwinkel dürfte schon fast entschieden sein, daß Blüms Bemühungen um den Kurs eins zu eins vergeblich waren...” (ebenda)

10 Ganz zufällig flatterte der Redaktion eine weitere Nachricht (“Eigener Bericht”) auf den Tisch: “Der DDR droht ein Millionenheer von Arbeitslosen” - bei 1:1, versteht sich. Wenn diese Drohung kein Argument ist! Ging es bisher um die Frage, welchen Lohn sich das produktive Kapital leisten will - die Debatte wäre nicht komplett, wenn sich in die Lohnfrage nicht auch noch eine

15 Figur einschaltete, die aus der freien Marktwirtschaft nicht wegzudenken ist, obwohl sie gar nichts produziert, mit den Löhnen also gar nichts zu tun hat. Auch der Finanzkapitalist meint, daß die Lohnfrage entscheidend ist, und zwar nicht nur in der neuen Prospektionszone:

“Seipp (Chef der Commerzbank) setzt darauf, daß die Lohnsteigerungen in der Bundesrepublik aus Solidarität mit den Bürgern in der DDR begrenzt bleiben.”

15 **Schulden machen muß sich lohnen**

Und dann hat sich noch ein Fachmann”, Prof. Horst Siebert, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft” gegen 1:1 auf dem “Managerkongreß der bayrischen Staatsregierung” ausgesprochen. Denn

20 “der entscheidende Standortvorteil der DDR sind die qualifizierten Arbeitnehmer zu derzeit günstigen Lohnbedingungen”. Wie er zu dieser Einschätzung kommt: Ganz einfach, indem er über den Standortnachteil jammert:

“Der Kern des Problems liegt in der niedrigen Produktivität.”

25 Es muß sich schon um eine kapitalistische Spezialität handeln, die das Verhältnis von eingesetzter Arbeit und produzierten Gütern dadurch verbessert, daß die Produzenten weniger zum Leben kriegen. Die Spezialität liegt darin, daß sich die *Rentabilität* für den Unternehmer auch an alten Maschinen sofort einstellt, wenn er sie und die Arbeiter, die er an ihnen arbeiten läßt, nur billig genug einkauft.

30 Der zweite Standortnachteil sind die Schulden der DDR-Betriebe, gerade so, als gäbe es im Kapitalismus schuldenfreie Unternehmen. Aber als Argument, daß die Arbeiter für die Schulden “ihrer” Betriebe mit niedrigen Löhnen geradestehen sollen, taugt der Hinweis allemal, auch wenn die proletarische Solidarität mit dem armen Kapital keineswegs reicht:

35 “Die Schulden der DDR-Unternehmen können, laut Siebert, nicht im Verhältnis 1:1 umgestellt werden, da die Firmen dann mit einem obsoleten Kapitalstock, hohen DM-Schulden und einer entsprechend hohen Zinsverpflichtung in den Wettbewerb entlassen würden.”

40 Das ist ja ein Ding! Da beschließt man, mit einem Schlag echten kapitalistischen Kredit zu schaffen; und zwar aus realsozialistischen Zahlungsverzögerungen, die gar kein richtiger Kredit waren, weil sie nicht als Geschäftsmittel fungierten, die einen Zins einspielten. Man führt also die Notwendigkeit ein, daß das industrielle Kapital auch ein flottes Geschäft des Finanzkapitals garantiert. Nachdem damit das Geld seine Eigentumsrechte an der produktiven Abteilung des Reichtums zugesprochen bekommen hat, läßt man sich fürsorglich die Belastungen einfallen, die

der zum Aufschwung verpflichteten Produktion daraus entstehen. Dem Ideologen der Marktwirtschaft ist eben nichts selbstverständlicher, als daß alles in den Dienst des Geldes zu stellen ist, damit dieses Wundermittel *seinen* Dienst, die Benutzung der neuen Kolonie für seine Vermehrung, effektiv tun kann. Daß hier wertlose realsozialistische Kritzeleien mit einem
5 Federstrich zu echtem wertvollen Buchgeld in Milliardenhöhe *erklärt* werden, daß auf diese Weise per Staatsbeschluß Kapital, nämlich ein komplettes Banksystem, *geschaffen* wird, ist dem Professor keinen Gedanken wert. Er ist eben an das parasitäre Geschäft mit Schulden so gewöhnt und hat es so liebgewonnen, daß er sich den Kopf nur noch darüber zerbrechen mag, mit welchen Schuldverhältnissen Gläubiger und Schuldner gut leben können.

10 Daß das der Fall ist, da ist sich der Chef der Commerzbank wiederum ganz sicher, er baut da auf einen feinen Mechanismus, den "Zinseffekt":

"Freilich sei wegen der höheren Kreditnachfrage angesichts solcher Investitionen ein Zinseffekt verbunden."

15 Dann sei die Kreditwirtschaft gerne bereit und in der Lage, auch an den Finanzmitteln zum Aufbau eines sozialen Netzes zu verdienen. Voraussetzung s.o.: die Solidarität des Proletariats.

Man sieht, diesmal weiß die "Süddeutsche" mal mehr als "Bild". Alles spitzt sich darauf zu, daß sie am nächsten Tag zusammen mit der "Frankfurter Rundschau" die sensationelle Meldung bringt, daß 1:1 nicht geht.

April, April - der Kanzler macht, was er will

20 Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat gesprochen und damit Fakten gesetzt, an denen keiner vorbeikommen will, weshalb die "Empfehlungen" als Nachricht noch vor dem Wetter und sonstigen Abscheulichkeiten, die einem so beschert werden, die ersten Seiten beherrschen. Daß Löhne, Renten, Ersparnisse und Schulden der Betriebe möglichst niedrig sein
25 sollen, verdankt sich "marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten" (Frankfurter Rundschau, 31.3.). Das ist jetzt ein Fakt - an ihm wird sich orientiert; und zwar so, daß man lauter gute Gründe dafür weiß, warum es so am vernünftigsten ist. Besonders einleuchtend die Idee, daß 2:1 das korrekte Verhältnis sei, weil es eh wurscht sei:

30 "Für die Löhne, sagt der ‚Weise‘ (gemeint ist der "Sachverständige Pohl"), spiele der Umrechnungskurs keine Rolle. „Einen Tag nach der Währungsunion können die Arbeiter mit dem Unternehmen über neue Einkommen verhandeln.“ (FR, 31.3.)

35 Was dieser Arbeiterfreund nach der Union zu Lohnforderungen zu sagen hat, kann man jetzt schon ahnen. Ansonsten lauter Argumente vom Schlage: "Je niedriger das Einkommen, desto besser für die Menschen in der DDR." (Vgl. dazu: "Süddeutsche Zeitung" vom Vortag!) "Bild" schweigt zunächst. Erst "BamS" (1.4.) meldet "Unruhe in der DDR" und läßt das Volk (Ost) zu Wort kommen:

“Für den Kurs gehe ich doch nicht arbeiten.” (Reik Wittwer (26), Kellner im -Grand-Hotel”)

und von zuständigen Menschen, also von Leuten, die die Löhne oder deren Bedingungen fest im Griff haben, beruhigen:

5 “Ich zahle meinen drei Angestellten in der Schloiserei jetzt durchschnittlich 950 Ostmark netto. Wenn (ja, wenn!) ich in Zukunft genausoviel Umsatz in West-Mark mache, dann kann ich ihnen auch genausoviel Lohn in D-Mark zahlen, also keine Lohnminderung.” (Hans-Georg Volkmann (48), Inhaber einer Bauschlosserei)

10 “Die Einführung der D-Mark in der DDR bringt den Bürgern dort vom ersten Tag an mehr Kaufkraft... Läuft dieses marktwirtschaftliche System in der DDR, werden auch dort bald die Nominallöhne steigen, und zwar bei zunehmender Produktivität letztlich auf unser Niveau.” (Hans Gattermann, Politiker, FDP)

15 Daß der Politiker “letztlich” an die Nominallöhne denkt, ist kein Zufall. Mit Sicherheit hat er da den “Lohnanteil” im Auge, den er “bald” zwecks Erhöhung der Staatseinnahmen in die Höhe zu schrauben gedenkt: Steuern und Sozialabgaben. Den Preisen möchte er - liberal, wie er ist - ja sowieso keine Schranken auferlegen. Die Parole heißt: Laßt uns nur machen. Wir werden das Kind sowieso schaukeln.

“Wahlbetrug” contra “Umtausch-Lüge”

20 Die Opposition hat da Bedenken. Logisch. Aber nicht, weil sie dagegen ist, daß den Zonis einiges mehr zugemutet werden soll, als die sich vorgestellt haben. Sie überführt den Kanzler des “dreisten Wahlbetrugs” (Lafontaine), des “skandalösen Wortbruchs” (Matthäus-Maier) und des “Wahlgeflunkers” (Frankfurter Rundschau, 31.3.). Stufe I der Wahlkampfstrategie Lafontaines wird damit gezündet: “Der Kanzler steht im Wort.”

25 Natürlich nicht, um ihn drauf festzunageln, den Zonis jetzt die angeblich versprochenen gebratenen Tauben auch zuzuschicken. Vielmehr haben die Kohlkritiker schon immer gewußt und vor allem gesagt, daß der Anschluß keine Frage von Bananen in Rimini ist:

30 “In dieser Hoffnung wurden sie von fast allen bundesdeutschen Parteien bestärkt, bis auf solche ‚Miesmacher‘ wie den SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine, der nicht Milch und Honig versprach, sondern zur Nüchternheit mahnte... Löhne, Gehälter und Renten haben sich am Standard der miserablen Produktivität ihrer Wirtschaft auszurichten.” (Frankfurter Rundschau, 31.3.)

Am 2. April hat “Bild” dann die Sprache wiedergefunden und kontert den “Wahlbetrug” mit der “Umtausch-Lüge”:

35 “Man muß Kanzler Kohl in Schutz nehmen. Nie und nirgends hat er gesagt, Ost- und Westmark würden im Verhältnis 1:1 umgetauscht... BILD Kolumnist Graf Nayhauf, der bei allen Reden Kohls dabei war (aber wohl “Bild” vom 2.3. nicht gelesen hat)... Daß jetzt die SED-Erben und andere interessierte Kreise anderes behaupten, macht den Vorgang nicht wahr, sondern nur schwieriger... Hier wird eine Umtausch-Lüge in die Welt gesetzt

40 mit dem Ziel, die DDR-Bürger zu verunsichern... Klar ist dabei nur dies: Die D-Mark bezahlt nicht den Konkws von SED und Stasi...”

Eine gerechte Antwort auf Lafontaine! Wo der das enttäuschte Vertrauen des Zoni-Wählers dafür zu mobilisieren sucht, daß er es ihm schenkt statt dem Kanzler, ohne daß er in der Sache anders entscheiden möchte - er hat ja immer gesagt, daß 1:1 nicht geht -, braucht die Regierungszeitung ihn ebenfalls nur der Lüge und damit der SED-Komplizenschaft zu bezichtigen. Der Kanzler erklärt, er habe im Wahlkampf nichts versprochen, aber er stehe zu seinem Wort, "im Blick auf die Sparkonten der normalen Leute" zu einer Regelung zu kommen, "die hilfreich ist" und fordert erneut, "hier müsse man in die Gesichter der Menschen schauen", anstatt sich auf irgendeine "statistische Größe" (damit meint er den Umtauschkurs) festzulegen. Er scheut sich nicht, sich "ausdrücklich zur Verantwortung gegenüber der Bevölkerung der DDR" (SZ, 3.4.) zu bekennen und neue Versprechungen in die Welt zu setzen:

"Noch vor Beginn der Sommerferien in der DDR sollten Arbeitnehmer und Untemehmer, Rentner und Sparer ,Klarheit haben'." (SZ, 7./8.4.)

Die Entscheidung über deren Lebensverhältnisse kann ihm nämlich tatsächlich niemand abnehmen. Der Vizekanzler fordert entschieden Wärme statt "Kälte" bei der Festlegung der Lebensverhältnisse der Menschen in der DDR. Er warnt davor, "einen Streit zu führen, ,über Umtauschkurse, so als ob es nicht um Existenzgrundlagen geht'" (SZ, 2.4), sich also gefühlvoll dazu zu bekennen, daß man sie in der Hand habe und frei über sie bestimmen könne. Sonst würde glatt die Zutraulichkeit der DDR-Bürger zu ihren künftigen Herren drunter leiden. Die sichert man nicht dadurch, daß man Entscheidungen fällt, die die Existenzgrundlagen sichern, sondern dadurch, daß die Regierung ihre Führungsqualitäten demonstriert, indem sie unverzüglich ihres Amtes waltet (Geschwindigkeit macht warm!):

"Ich denke, daß die Entscheidungen sehr schnell getroffen werden müssen, damit nicht Vertrauen verspielt wird."

Auch der Wirtschaftsminister erklärt dem deutschen Volk, daß alles in Butter ist:

"Die Bundesbank hat eine Empfehlung gegeben. Die Entscheidung fällt die Politik." (Bild, 3.4.)

Die Presse wird ganz entschieden und pluralistisch ihrer demokratischen Kontrollfunktion gerecht und fordert:

"Kohl... muß schnell ein Machtwort sprechen." (SZ, 2,4.)

"Herr Kohl, lassen Sie diesen Betrug nicht zu" (Bild-Schlagzeile, 3.4)

Dabei weiß auch "Bild", daß 1:1 bei Löhnen "nicht geht":

"Außerdem droht der DDR-Wirtschaft Gefahr. Sie müßte die Löhne ebenfalls 1:1 zahlen. Das Geld freilich könnte sie mit ihren veralteten Produkten auf dem Weltmarkt nicht verdienen."

Einem geschenkten Gaul...

Deshalb weiß "Bild" auch, daß ein 2:1 für den Sparer prima ist:

"Beim erörterten Kurs 1:2 bekäme ein DDR-Bürger mit 50000 Ost-Mark insgesamt 25000 D-Mark. Dafür könnte er sich zum Beispiel, 15 West-Farbfernseher für 1000 Mark das Stück kaufen. Für seine 50000 Ost-Mark bekommt er nur zehn Ost-Geräte minderer Qualität."

“Bild” gibt sich wirklich Mühe, die Lüge von der erhöhten Kaufkraft mit der üblichen Warenkorbvorstellung zu bebildern, die davon lebt daß sie den produzierten Reichtum durch die Bevölkerung teilt und mit dieser Durchschnittsrechnung so tut, als würde er unter die Leute verteilt. Da es in diesem Fall aber darum geht dem als Billiglohn kalkulierten DDR-Arbeitereinkommen eine hohe Kaufkraft anzudichten ergibt sich da eine Schwierigkeit: Die Preise der Lebensnotwendigkeiten vom Brot bis zur Miete sind ja erklärtermaßen zu niedrig; daß sie steigen “müssen”, damit auch mit diesen Dingen ein Geschäft zu machen ist, weiß jeder Zoni; deshalb weiß er gerade nicht, was er sich davon noch leisten kann. Deshalb zaubert die gute “Bild”fee Überfluß in die Stuben der DDR-Bürger, indem sie ihnen ihre Ersparnisse von durchschnittlich 5000 Ost-Mark kräftig erhöht und ihre Geilheit nach Westware gnadenlos übersättigt.

Der Banker macht sich’s da einfacher. Er bemüht nicht umständlich 35 Farbfernseher in einen Geschenkkorb, er baut einfach auf den Glanz echten Geldes:

“Der Kurs von eins zu zwei, so insistierte er (Pöhl), bedeute in jedem Fall eine kräftige Aufwertung der Ost-Mark, ‚deren Wert im Grunde niemand kennt‘ ... 675 D-Mark zuzüglich des Sozialversicherungsbeitrags als Zuschuß (der der Einfachheit halber gleich wieder abgezogen, also unter dem Strich gar nicht ausgezahlt wird) ergäben unter dem Strich immer noch eine höhere Kaufkraft als der bisher in Ost-Mark gezahlte Durchschnittslohn (von 1350 Ost-Mark).” (SZ, 2.4.)

Der Kaufkraftvergleich geht eben in diesem Fall gar nicht darum, daß man sich dafür was kaufen kann. Er lebt allein von der Fiktion eines Wechselkurses, “den keiner genau kennt”, von dem dann aber doch jeder wissen will, daß er gegenwärtig schon mit 1:3 zu gut bemessen und deshalb mit 1:2 erst recht überbewertet ist. Gerechtigkeit wird hier gefordert, wie sie dem Verhältnis von zweierlei Kaufkraft entspringt. Die erworbene Kaufkraft ist allemal eine Gnade, egal was man dafür kriegt. Zumal es die veräußerte Kaufkraft ja sowieso nicht mehr gibt.

Aus Bundesbankkreisen verlautet daher, daß eigentlich schon die Umstellung von 2:1 eine sozialpolitische Großtat sei, indem man sich des bewährten Vergleichs damit bedient, daß man eigentlich, d.h. ökonomisch natur- und sachgemäß, auch die Freiheit gehabt hätte, einen noch schlechteren Kurs festlegen zu müssen:

“Ihr Votum für einen allgemeinen Umtauschkurs von 1:1 ist ganz gewiß schon ein erhebliches Zugeständnis an die politische Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung, denn der freie Markt würde die Ost-Währung mit Sicherheit deutlich schlechter bewerten.” (SZ, 1.4.)

Selbst ein Kurs von zwei zu eins, wie ihn der Zentralbankrat vorgeschlagen hat, sei ‚beinahe schon abenteuerlich‘.” (Hilmar Kooper, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, SZ, 7./8.4.)

“Der vorliegende Vorschlag ist nach meiner Auffassung die großzügigste und einzige Lösung, die möglich ist. Mit einem Durchschnittslohn von etwa 800 bis 900 DM anstelle von bislang etwa 1150 DDR-Mark und einer Durchschnittsrente von etwa 600 DM anstelle bisher 450 Ost-Mark wollen wir den Lebensstandard in der DDR aufrechterhalten und verbessern.” (Lothar Müller, Mitglied des Zentralbankrats, SZ, 3.4)

Vielleicht sollte man sich um den Job des Mannes mal bewerben; große Rechenkenntnisse sind offenbar im Zentralbankrat nicht verlangt. Oder könnte uns Herr Müller mal verraten was das für ein Lebensstandard ist, der dadurch erhalten wird, daß der Lohn sinkt, während die Rente steigt: Aber vermutlich hat er gar nicht an den Lebensstandard dienender und ausgedienter Proleten, sondern gleich an den des Kapitals gedacht.

Der Wirtschaftsminister befaßt das einfache wie das gebildete Volk mit ähnlich komplizierten Überlegungen, indem er darauf verweist, daß die Verbesserung der miesen Lebensqualität - man denke an 40 Jahre Mitleid der "reichen Verwandten" mit den "armen Brüdern und Schwestern"! - darin besteht, daß er darum kämpft, daß sie sich nicht verschlechtert:

5 "Für uns kann es nur eine Maxime gäben: Die reale Kaufkraft der Menschen in der DDR darf sich nicht verschlechtem. Nicht um einen Deut." (Bild, 3.4.)

Drei Tage später prophezeit er dann, daß es den Leuten *besser* geht:

10 "Allen Bewohnern wird es nicht schlechter gehen als vorher, sondern besser... Die Sparer fahren allein schon deshalb glänzend, weil ihnen einig (Der Mann denkt nur noch an Deutschland, einig Vaterland!) tausend Mark Monopoly-Geld in gutes Geld umgetauscht werden... Protestierende Gewerkschaftler (, 1:1 für alle') sollten bedenken, daß zu hohe Löhne ein Danaergeschenk für die Menschen sind: Je höher man anfängt, desto mehr Betriebspleiten und Arbeitslose wird es anfangs geben... Die D-Mark sollte als Produktivitätspeitsche und nicht als Sozialpolitik genutzt werden." (Hausmann, Die Welt, 6.4.)

15 Der Mann ist konsequent. Schließlich ist er Minister für die Wirtschaft. Und dafür braucht er nur zu wissen, daß der alle zu dienen haben. Dann ist auch für die Diener alles in Butter, egal wie schlecht's um die bestellt ist. Und während alles über die Spargroschen rechtet wird unter Fachleuten klargestellt, daß die schon von ihrer Masse her kaum eine Rolle spielen:

20 "Eins zu eins wäre auch im Interesse der DDR der falscheste Kurs', weil die hochverschuldeten DDR-Betriebe dann ihre Schuldenlast nicht mehr bedienen könnten... Pöhl bezifferte die Verbindlichkeiten allein der Betriebe in der DDR, vermutlich sogar nur der größeren, auf 260 Milliarden Ost-Mark. Da die gesamten Sparguthaben in der DDR im Vergleich dazu auf lediglich 160 Milliarden geschätzt werden, 'sind die Schulden das eigentliche Problem'." (SZ, 2.4)

25 er einfache Mensch denkt vielleicht, die könnte man einfach streichen. Schließlich scheint es da drüben ja eh bloß Schulden zu geben. Tatsächlich würden da jedoch auch die Forderungen mitgestrichen. Und das will man so einfach auch wieder nicht. Immerhin schadet man sich - dem neuen Deutschland und seinen alten Banken v.a. - da ja glatt selbst:

30 "An den Forderungen der ausländischen Banken und der Industrie wird niemand rütteln wollen, denn dies fiele dramatisch auf das Kreditstanding eines wohl bald vereinten Deutschland zurück." (SZ, 5.4.)

"Dieser Überlegung (Streichen der Binnenschulden) steht entgegen, daß sie einer Steuerschuld gleichkommen, der Staat mithin dann um Einnahmen gebracht würde." (SZ, 2.4.)

35 Und da wäre ja schon wieder das vereinigte Deutschland der Gelackmeierte. Das geht nicht, obwohl es gehen muß. Da fallen den Experten wieder die Spargroschen ein, auch wenn die natürlich nicht alle Probleme lösen:

40 "Durch den 2:1-Schnitt bei ihren Ersparnissen sollen die DDR-Bürger letztlich die (Binnen-) Verschuldung des DDR-Staates halbieren Schulden, die eines Tages, bei der Vereinigung, auf Gesamtdeutschland übergehen würden." (SZ, 5.4.)

Gott sei Dank fällt dem guten Mann, bevor er vor lauter Schulden in Trübsinn verfällt und zum Wiedervereinigungsgegner wird, der stoffliche Reichtum ein, den man mit dem Art. 23 GG ja immerhin auch noch erobert:

“Doch diese Zahl klingt dramatischer, als sie ist, denn nicht enthalten in einer solchen Bilanz sind die Sachwerte. Dabei spielen die 20 Tonnen Staats-Gold (ein eigentümlicher Sachwert!), die man kürzlich in einem Ostberliner Kohlenkeller fand, noch die geringste Rolle... Erheblich wertvoller ist der Grundbesitz des Staates...” (SZ, 5.4.)

5 Also allenthalben Zuversicht. Aufpassen muß man nur auf eins: Daß die generalstabsmäßig geplante Beutenahme nicht den Falschen dient, wo sie doch allein in den Dienst Deutschlands und seiner DM zu zwingen ist:

“1:1 für Deutschland - nicht für die Bonzen

10 Ost-Mark-Umtausch 1:1 umfassend, für alle? Unmöglich! Den satten reichen Stasi-Bonzen (tarätarätärä!) würde das die Ohren vergolden - und den West-Spekulanten die Nasen.” (17.4.)

Der Bundesfinanzminister sieht sich sogar veranlaßt, seine Parteiliebe (Ost) zu warnen; die dürften nicht aus falsch verstandener Volksfreundlichkeit die Gelddruckmaschinen beschleunigen, solange sie noch die Macht dazu haben. Wo doch die Geldhoheit der Bundesbank beschlossene Sache ist.

15 ***Gestern noch auf seinem Trabi...***

Sozialpolitik ist nämlich keine Frage von Geldverteilen. Das zeigt die Endlösung der Übersiedlerfrage. Die geht so: Hans Modrow bringt gemeinsam mit West-CDU-Finck vom “Arbeitnehmerflügel” und Lafontaine die “Übersiedlergefahr” ins Spiel. Die Übersiedler spielen ihre bewährte Rolle als Affe der Politik weiter, indem sie” nach den Spekulationen um den Umtauschkurs der DDR-Mark erstmals wieder leicht steigen” (SZ, 4.4). Die Fachleute haben da allerdings keine Bedenken:

“Sicher wird ein Lohngefälle bleiben... Aber eine neue Übersiedler-Woge befürchte ich nicht.” (Lothar Müller, Mitglied des Zentralbankrats, SZ, 3.4.)

25 Er setzt ganz einfach darauf, daß auch im Gelobte Land die Verhältnissc nicht für die eingerichtet sind, denen nichts anderes übrigbleibt, als sich mit Arbeit ihr Geld zu verdienen:

“Wohnungen und freie Stellen sind in der Bundesrepublik ja nicht mehr so dicht gesät, und es ist immer ein großer Schritt, sich eine neue Existenz aufzubauen.” (ebenda)

30 Und damit die das auch wirklich merken und fühlen, wenn sie’s nicht hören wollen, wird in der Bundesrepublik der Sozialstaat vervollkommnet:

5 “Bayern will Übersiedlern die Sozialhilfe streichen... mit einer Änderung des
Bundessozialhilfegesetzes erreichen, daß arbeits- und wohnungslose Übersiedler aus der
DDR künftig wie Obdachlose behandelt und von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden
können... (weil) sich Zuwanderer aus der DDR in eine ‚selbstverschuldete Notlage‘
begeben, wenn sie trotz der veränderten politischen Verhältnisse in der DDR in die
Bundesrepublik kommen, ohne sich vorher Arbeit und Wohnung gesucht zu haben. Damit
hätten sie grundsätzlich keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe... Geprüft werde, solchen
Übersiedlern dann nur noch eine Nacht im Obdachlosenasyll und die Rückfahrkarte in die
10 DDR zu bezahlen.., Schon jetzt bekommt keine Sozialhilfe, wer nicht arbeitet, obwohl er
es könnte.” (Frankfurter Rundschau, 6.4.)

Und weil das - Bundesangelegenheit! - Zeit dauert, ergreifen die Länder im Bundesrat energisch
Sofortmaßnahmen, so daß sie sich nicht den schlimmen Vorwurf der Tatenlosigkeit machen lassen
brauchen:

15 “Am heutigen Freitag berät der Bundesrat über einen Entschließungsantrag der
unionsregierten Länder..., jeden Anreiz zum Übersiedeln zu beseitigen.” (ebenda)

So wirkt dann die DM auch noch als Peitsche der Sozialpolitik, damit die zur
Produktivitätspeitsche wird. Die Löcher gehören nämlich zum sozialen Netz, sonst handelte es
sich ja wirklich um eine realsozialistische Hängematte, wo keiner durchfallen kann. Die
Ausnahme, die bisher für Übersiedler gegolten hat, wird gestrichen, weil diese ihre politische
20 Mission erfüllt haben. So geht die Karriere einer historischen Figur vom Nationalhelden zum
Penner.

Nationale Front in der DDR

25 In der DDR erwacht die “Nationale Front” zu neuem Leben, die nun keiner mehr so nennt, weil
sie von der richtigen, weil rechten Einheitspartei angeführt wird. Von der DSU bis zur PDS und
sonstigen erhebt sich ein Sturm der Entrüstung. Der designierte DDR-Partei- und Regierungschef
erklärt: “Eins zu eins ist unser Ziel.” Die SPD rückt deshalb sofort an die Seite der Allianz und
findet so einen triftigen Grund, ihre Vorbehalte gegen den DSU-Pfaffen Ebeling fallenzulassen.
Wo das Vaterland in Gefahr war, hat sich die SPD noch nie lumpen lassen, und außerdem wollte
30 sie ja sowieso nichts anderes als regieren; daß der Wähler zu dumm war, ihr diese Verantwortung
allein zu übertragen, dafür kann sie ja nun wirklich nichts. Jetzt ist auch wieder die Reihe am
revolutionären Volk der DDR: Es tritt wieder an und macht sich die Parolen seiner Regierung zu
eigen. Und “Bild” ist dabei - wenn auch nicht mehr so schlagzeilenträchtig wie bei früheren
Massendemonstrationen, obwohl die Protestler nach wie vor bloß ganze Deutsche sein wollen:

35 “Umtauschplan 1:1
‚Größter Lohnraub‘
Berlin - ‘Wir sind doch keine halben Deutschen!’ - Hunderttausende demonstrierten gestern
zwischen Rostock und Halle gegen die Bundesbankempfehlung, die DDR-Mark im Verhältnis 1:2
umzutauschen.” (Bild, 6.4., 13 Zeilen = 5cm mit Überschrift)

40 “‘1:1 - oder das Volk fegt die Regierung weg’”

und:

“300000 gegen Kohl - Gysi gefeiert

... demonstrierten für einen Umtauschkurs von 1:1... viele trugen Transparente: ,Wer uns verkohlt, wird versohlt.‘ ... Der FDGB droht mit Generalstreik, wenn es nicht zum 1:1-Kurs kommt ... 20000 Menschen riefen in Halle: ,Wir sind keine halben Deutschen.‘“,

5 aber:

“1:1 - Arbeitsplätze gefährdet” (Bild, 7.4.)

“Auf der größten Kundgebung im Ostberliner Lustgarten forderte die FDGB-Vorsitzende Helga Mausch die Einlösung der Zusagen von Bundeskanzler Helmut Kohl und anderen bundesdeutschen Politikern.” (SZ, 7.18.4.)

10 “Bild” ist unzufrieden; schließlich protestiert das geliebte Volk gegen die guten Herren in Bonn. Andererseits besteht zur Sorge auch kein Grund. Erfüllbar sind diese Forderungen allemal. Dieses brave Volk erhebt ja keine andere Forderung, als wirklich echte deutsche Untertanen zu werden. Es will die Einlösung von Zusagen, die der Führer gemacht hat.
15 Und es beteuert auch noch, dafür kämpfen zu wollen, damit die neuen Herren wirklich alle Untertanen gleich behandeln und ihnen ehrlich die Wahrheit sagen. Dann werden sie nämlich nicht verkohlt, wenn sie 1:1 oder wenigstens annähernd 1:1 angeschlossen werden. Und der Führer weiß das auch.

Nichts wird so heiß gegessen...

20 wie gekocht. Das ist auch dem Kanzler klar. Irgend etwas *zwischen* 1:2 und 1:1 - gestaffelt und/oder mit Ausgleichszahlungen - wird schon herauskommen. Ob dann die grundsätzliche Umstellung 1:1 oder 1:2 heißt, ist wirklich egal, weil das, worauf's ankommt, sowieso zur freien Disposition steht. Und so sachnotwendig ist das Zentralbankurteil ja auch nicht:

25 “Eine zwingende ökonomische Notwendigkeit, die Sparguthaben nur halbiert umzutellen, besteht damit nicht.” (SZ, 6.4.)

Allenthalben werden jetzt “Zuschläge” in die Debatte geworfen *und* dementiert. Es wird die großzügige Bereitschaft der Politiker demonstriert, auf das menschliche Dispositionsmaterial Rücksicht zu nehmen, und gleichzeitig betont, daß man sich dabei keinesfalls in irgendeiner Weise festlegen lassen wolle, “wie die Lasten zwischen Wirtschaft und Bevölkerung beider deutscher
30 Staaten verteilt werden” (SZ, 5.4.):

5 “In der Bundesregierung wird derzeit darüber nachgedacht, Löhne und Renten... durch Zuschüsse aufzubessern. Eine Festlegung auf einen bestimmten Betrag gebe es aber nicht, wurde am Dienstag in Regierungskreisen betont. Ausdrücklich dementiert wurden Berichte, Finanzminister Theo Waigel (CSU) habe... einen Zuschlag von 100 DM für Arbeitnehmer ins Gespräch gebracht... Kanzleramtsminister Rudolf Seiters hat in der ARD bestätigt, es werde an ‚massive Zuschläge‘ gedacht, ‚aber es kann auch eine ganz andere Regelung geben‘ ... Nicht bestätigt wurden auch Berichte, das Wirtschaftsministerium denke an einen Ausgleich in Höhe von 25% des Einkommens... Auch Seiters betonte, daß es hinsichtlich der Umstellungskurse noch keine Festlegung der Bundesregierung gebe. Sicher sei aber, daß jeder Sparer einen beachtlichen (beachtlich!) Betrag eins zu eins tauschen könne.” (SZ, 4.4.)

10 “Die Rentner in der DDR können aufatmen. Nach einem geheimen Plan von Arbeitsminister Blüm (CDU) sollen sie 50% mehr Rente kriegen.” (Bild, 5.4.)

15 So einfach geht Vertrauenswerbung: Man setzt ganz konkrete Daten in die Welt, die der Mensch in Weiber und Bier umrechnen kann, sagt, daß man‘ s so nicht gesagt hätt‘, so daß jeder flott weiterrechnet und die wirklichen Berechnungen der Freiheit der Politiker überläßt. Und die machen frei ihre Rechnungen auf, v.a. “führende Unionspolitiker”, die nichts zu melden haben, wie Süßmuth und Wallmann, die sich entschieden für die zur sozialen Schwächung Anstehenden einsetzen. Nicht zufällig ist es dann auch deren Part, die neue Melodie in die Politik einzuspielen, die die kritische Öffentlichkeit aus tiefem Problem- und Verantwortungsbewußtsein heraus schon lange komponiert hatte. Denn schließlich gibt‘ s die Almosen für die Alten und Schwachen nicht umsonst. Die Kosten müssen von den “Starken” getragen werden. Und das sind im Sozialstaat die, die zum Arbeiten kräftig genug sind:

25 “Wallmann schloß Steuererhöhungen zur Finanzierung der Wirtschafts- und Währungsreform nicht aus.” (SZ, 6.4) “Die Bundesrepublik finanziert die Renten zunächst ganz. Später, wenn die Rentenbeiträge fließen (rund 9 Prozent vom Nettolohn) und das System sich selbst trägt, zahlt sie nichts mehr.” (Bild und Blüm, 5.4.)

30 Ein feines System, das dem Staat die Kosten abnimmt und “sich selbst trägt”, indem die Lohnempfänger zur Übernahme der Kosten verppflichtet werden! Da können Kohl und Waigel ruhig weiterhin “Steuererhöhungen ausschließen”.

Der “Bonner Vorschlag für eine Währungs- und Sozialunion” beinhaltet dann auch nichts anderes als die “Empfehlungen des Zentralbankrats”. Hatte der grundsätzlich 2:1 vorgeschlagen und für Kleinsparer 1:1, so geht‘ s nun grundsätzlich anders:

35 “1. Guthaben von Kleinsparern werden bis zu einer Grenze X im Verhältnis 1:1 umgetauscht; 2. Guthaben über die Grenze X hinaus sowie alle Guthaben juristischer Personen oder staatlicher Institutionen werden zu einem (nicht bezifferten) ungünstigeren Wechselkurs umgestellt...” (Entwurf des Staatsvertrags, SZ, 5.4)

40 Damit ist zwar noch nichts klar außer dem “guten Willen” Bonns, den guten Namen des 1:1 Angebots und die ökonomischen Sachzwänge der 1:2-Empfehlung zu kombinieren. Aber gerade deshalb tritt der Kanzler seinen Kurlaub an, und die Öffentlichkeit beruhigt sich mit ihm. Kurz vor seiner Rückkehr verkündet “Bild”:

“Der Tag X - 1:1 am 1.Mai?”

Am 24. April ist es dann endlich soweit:

“Kohl macht es wahr - 1:1 - Löhne, Renten, Sparen” (Bild)

Das stimmt und ist trotzdem gelogen. In Sachen Spargroschen ist nämlich die Bundesbankregel (2:1) zur Ausnahme geworden und das Kanzlerversprechen (1:1) zur Regel. Die Masse des 1:1 umzutauschenden Geldes wurde von 2000 auf 4000 erhöht; dafür wird aber auch stillschweigend das Bargeld miteinbezogen.

Und was Löhne und Renten betrifft, so läßt sich der Kanzler seine Großzügigkeit auch was kosten:

“Dafür gibt es aber keinen Ausgleich für die erwarteten Preissteigerungen.” (Münchner Abendzeitung)

Daß es irgendwie Jacke wie Hose ist, haben zumindest “Bild” und die Bundesbank immer gewußt:

“... ein Bundesbanker zu BILD: „Die ganze Diskussion, ob 1:1 oder 2:1 war doch absurd. Die Bundesbank hatte bei ihrem 1:1-Vorschlag bereits jede Menge Ausnahmeregelungen einkalkuliert, so daß gerade für Leute mit wenig Geld praktisch 1:1 herausgekommen wäre!” (17.4.)

Das ist zwar genauso gelogen wie Kohls Spendierpose, aber es stimmt immerhin: Absurd war die Diskussion; überflüssig war sie deswegen noch lange nicht. Inzwischen sind’s nämlich alle zufrieden: “Bild” dankt dem Kanzler. In Hannover herrscht Aufbruchstimmung Deutsch-deutsche Währungsunion beflügelt Industrie” (SZ, 3. 5). Lafontaine lobt sich für den öffentlichen Druck, der den Kanzler angeblich auf sein angebliches Wort verpflichtet haben soll. De Maiziere nennt das Angebot “interessant”. Und Meckel mault wegen der Umtauschgrenze für Sparguthaben. Das Volk bleibt zu Hause und von Streik ist keine Rede mehr. Wozu auch: Für mehr als dieses Angebot ist die Streikdrohung ja nicht ausgesprochen worden: “Ohne 1:1 werden wir nicht eins” - mit 1:1 dagegen sehr. Die Empörung über den Wahlbetrug ist vom Tisch, und Kohl wird nicht versohlt. Nur die “CSU vermißt Worte des Dankes” (SZ, 26.4.) - seitens der DDR. Dabei hat man die so zufriedenen DDR-Bürger - wenn überhaupt - gerade jetzt verkohlt, und zwar nach allen Regeln der demokratischen Kunst. Erst verspricht der Kanzler, es würde gerecht auf DM umgestellt. Seine Adjutanten von “Bild” bis de Maiziere verdolmetschen das dem Volk in “alles 1:1”, damit die Wahlen für Deutschland wie gewünscht über die Bühne gehen. Das Volk wählt, der Kanzler dankt. Dann macht sich der Zentralbankrat der Bundesbank mit seiner Empfehlung unbeliebt; die Öffentlichkeit hüben und drüben, die betroffenen DDR-Bürger und die nicht-betroffenen BRD-Bürger, die SPD-Opposition in der BRD und die DDR-Regierung rechten prompt drüber, ob der Kanzler Wort hält. Damit ist die 1:1-Umstellung endgültig das Maß aller Dinge und das höchste der Gefühle, was ein DDR-ler an sozialer Rücksichtnahme erwarten und die DM aushalten kann. Der endgültige Beschluß der Bundesregierung gilt deshalb allgemein als ein “Angebot, mit dem wir gut leben können”, wie es dankenswerterweise der Regierungssprecher für seine Regierung und dere Volk formuliert hat. Einfacher hätte der Kanzler die Härten seiner Währungsunion wirklich nicht durchsetzen können. Oder redet von denen noch jemand? Also von wegen: Porzellan zerdeppert!

P.S.:

1. Juli 1990: Sonntag. Die Ruhe vor dem Sturm.
2. Juli 1990: Ab sofort gibt es eine Währung weniger auf der Welt, dafür gehen ca. 9 Millionen Deutsche mehr ausschließlich für die harte DM hart arbeiten oder stempeln. Nur ein paar Unverdrossene stehen mit ihren Trabis pannengemäß am Brenner und halten die italienischen Sahneautos für Pannenhilfe.

5

10